pedocs
Open Access Erziehungswissenschaften

DIPF

Liegle, Ludwig

Konjunkturen der (frühpädagogischen) Forschung. Thesen zum Spannungsverhältnis zwischen politischer Steuerung, Eigendynamik und wissenschaftlicher Verantwortung

Diskurs Kindheits- und Jugendforschung 1 (2006) 2, S. 307-315

urn:nbn:de:0111-opus-15395

Erstveröffentlichung bei:

Verlag Barbara Budrich
Barbara Budrich Publishers

www.budrich-verlag.de

Nutzungsbedingungen

pedocs gewährt ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit dem Gebrauch von pedocs und der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Kontakt:

peDOCS
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Informationszentrum (IZ) Bildung
Schloßstr. 29, D-60486 Frankfurt am Main
eMail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Diskurs Kindheits- und Jugendforschung Heft 2-2006

Jahrgang 1

Inhalt

Christian Alt
Editorial 171

Aufsätze/Schwerpunkt

Tanja Betz, Andreas Lange und Christian Alt
Das DJI-Kinderpanel als Beitrag zu eine Sozialberichterstattung über Kinder. Thearetisch-konzeptionelle Rahmung und method(olog)ische Implikationen 173

Tanja Betz
Gatekeeper' Familie – Zur ihrer allgemeinen und differentiellen Bildungsbedeutsamkeit 181

Angelika Traub
Kontinuität und Kompensation – Die Bedeutung von Familie und Gleichaltrigen (Peers) für Persönlichkeit und Problemverhalten in der mittleren Kindheit 197

Ludwig Stecher
Schulleistungen als Familienthema – Grundschülerinnen und Grundschüler in deutschen Familien und in Migrantenfamilien im Verleich 217

Allgemeiner Teil

Aufsätze

James Youniss and *Dan Hart*
The Virtue In Youth Civic Participation 229

Peter Rieker
Rechtsextremismus – ein Jugendproblem? Altersspezifische Bedunge und forschungsstrategische Herausforderungen 245

Uwe Flick und *Gundula Röhnsch*
„Lieber besoffen. Oder bekifft. Dann kann man's wenigstens noch aushalten." Zum Alkohol- und Drogenkonsum obdachloser Jugendlicher 261

Kurzberichte/Spektrum

Sibylle Hübner-Funk
Die Jugend IN DER KUNST von heute, oder: Post-moderne Designwelten der (Post-)Adoleszenz 281

Heinz Reinders
Jugendforschung im Internet 287

Ludwig Stecher
StEG: Die Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen 293

Ursula Carle und *Diana Wenzel*
Gemeinsame Ausbildung für Elementar- und GrundschulpädagogInnen an der Universität Bremen 297

Helma Lutz
Gender, Ethnizität, Identität: Die neue Dienstmädchenfrage im Zeitalter der Globalisierung 301

Politik/Trends

Ludwig Liegle
Konjunkturen der (frühpädagogischen) Forschung. Thesen zum Spannunsgverhältnis zwischen politischer Steuerung, Eigendynamik und wissenschaftliche Verantwortung 307

Verschiedenes

Dagmar Hoffmann und *Wilfried Schubarth*
Soziodemografischer Wandel – Soziale und kulturelle Konsequenzen für Jugendliche – Call für Papers 317

Rezensionen

Sibylle Hübner-Funk
Michael Klein, Kinder und Jugendliche aus alkoholbelasteten Familien 319

Dagmar Hoffmann
Heinz Reinders, Qualitative Interviews mit Jugendlichen führen 323

Die Autoren dieser Ausgabe 326

Konjunkturen der (frühpädagogischen) Forschung

Thesen zum Spannungsverhältnis zwischen politischer Steuerung, Eigendynamik und wissenschaftlicher Verantwortung

Ludwig Liegle,
Professor i.R. am
Institut für Erziehungswissenschaft
der Eberhard-Karls-Universität Tübingen

1. *In liberalen demokratischen politischen Systemen gibt es keine direkte und systematische staatliche Planung und Kontrolle der Forschung.*

Wir müssen unsere wissenschaftliche Arbeit nicht nach Fünfjahresplänen der (frühpädagogischen) Forschung ausrichten, wie dies in der DDR und in anderen Staaten des Warschauer Pakts der Fall gewesen ist. Die Beispiele zeigen, dass das Verhältnis zwischen politischer Steuerung und Eigendynamik der Forschung von Merkmalen des jeweiligen politischen Systems bestimmt wird. In unserer Verfassung wird der direkte staatliche Zugriff auf die Forschung – unbeschadet der staatlichen Trägerschaft der wissenschaftlichen Hochschulen – durch die Schutzbestimmung der Freiheit von Forschung und Lehre ausgeschlossen.

2. *In der Bundesrepublik Deutschland und in anderen westlichen Gesellschaften kommt der Initiierung und Finanzierung von Forschung durch staatliche und nichtstaatliche Instanzen/Akteure („Auftragsforschung") große Bedeutung zu.*

Es lassen sich demnach auch in demokratischen politischen Systemen verschiedene Formen der Steuerung von Forschung, freilich Formen nicht der direkten, sondern der indirekten Steuerung beobachten. Deren Akteure sind an erster Stelle staatliche Instanzen: Innerhalb der politischen Administration auf Bundes- und Länderebene ist eine eigenständige Forschungsinfrastruktur aufgebaut worden. Außerdem vergibt die politische Administration auf den Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen Forschungsaufträge (z.B. Begleitforschung zu Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe, zur Erprobung der Bildungs- und Erziehungspläne für Tageseinrichtungen etc.). Neben den wissenschaftlichen Hochschulen gibt es staatlich finanzierte Forschungsinstitutionen auf der Ebene der Bundesländer (z.B. das Staatsinstitut für Frühpädagogik in München) sowie in Gestalt der von Bund und Ländern finanzierten „Blaue Liste"- Institute (z.B. das Deutsche Jugendinstitut in München). Auch die von Bund und Ländern ge-

tragenen Einrichtungen der BLK, des Wissenschaftsrates und der Deutschen Forschungsgemeinschaft nehmen auf die Entwicklung der Forschung Einfluss. Als ein Beispiel für die von Bund und Ländern getragene Forschungsplanung ist auf die 1999 gestartete „Nationale Qualitätsinitiative im System der Tageseinrichtungen für Kinder“ hinzuweisen.

Neben staatlichen Instanzen treten auch Unternehmen als Initiatoren und Geldgeber für Forschungsprojekte auf (z.B. hat die Firma *DaimlerChrysler* ein Begleitforschungsprojekt zu einer neu eingerichteten betrieblichen Kindertagesstätte vergeben). Schließlich verweise ich auf das Zusammenwirken zwischen Unternehmen bzw. Unternehmerverbänden und politischer Administration; das prominenteste Beispiel stellt derzeit das vom Bayerischen Unternehmerverband sowie von den Landesregierungen Bayerns und Baden-Württembergs getragene Entwicklungs- und Forschungsprojekt „Kindertagesstätte der Zukunft“ (*KiDZ)* dar (vgl. Sechtig/Frank/Rossbach 2006).

3. *Der Entwicklungsstand und Status der frühpädagogischen Forschung wird in starkem Maße von politischen Kontextbedingungen bestimmt. Dabei geht es nicht allein um die Ausübung von Macht/Herrschaft im jeweiligen politischen System (Staatstätigkeit), sondern auch um die symbolische Macht der jeweiligen politischen Kultur, wie z.B. die „ordnungspolitischen“ Vorstellungen über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, öffentlicher und privater Sphäre.*

Überall dort, wo öffentliche Kleinkinderziehung politisch bejaht und gefördert und ausgebaut wird – aus welchen Motiven auch immer -, kann die auf diesen Erziehungs- und Bildungssektor bezogene Forschung mit öffentlicher bzw. staatlicher Unterstützung rechnen. Das Ausmaß der Institutionalisierung von öffentlicher Erziehung im Vorschulalter scheint u.a. abzuhängen von den ordnungspolitischen Vorstellungen über das Verhältnis zwischen öffentlicher Sphäre und Privatsphäre. Es lassen sich – um es mit dem Begriff des amerikanischen Erziehungswissenschaftlers Lawrence *Cremin* (1973) zu sagen – unterschiedliche, historisch und gesellschaftlich wandelbare *Konfigurationen* der verschiedenen Erziehungsfaktoren beobachten. Die ausdrückliche Bejahung öffentlicher Kleinkinderziehung war insbesondere kennzeichnend für die Staaten des etablierten Sozialismus. Sie war und ist relativ stark ausgeprägt in den klassischen Einwanderungsländern (weil hier die Integration der Kinder aus der Vielzahl der ethnischen Gruppen als eine Aufgabe des öffentlichen Bildungssystems wahrgenommen wurde). Umgekehrt war in Deutschland-West die Betonung der Privatsphäre und auch der privaten/familialen Verantwortung für Kinder im vorschulischen Alter besonders stark ausgeprägt, nicht zuletzt in Reaktion auf die Missachtung der Privatsphäre im Nationalsozialismus und die Erziehungsideologie und Erziehungswirklichkeit in der DDR. Es war ein langer und erst nach der Vereinigung vollends beschleunigter Weg zur prinzipiellen Bejahung öffentlicher Erziehung im Vorschulalter, der in den 90er Jahren zur Kodifizierung des Rechts auf einen Kindergartenplatz und zu der – im Zehnten Kinder- und Jugendbericht von 1998 formulierten – Vision einer „Kultur des Aufwachsens“ geführt hat, die eine gemeinsame private und öffentliche Verantwortung für Kinder ins Auge fasst. Es ist freilich festzustellen, dass der skizzierte Wandel in

den ordnungspolitischen Vorstellungen und auch der tatsächliche bzw. geplante Ausbau der öffentlichen Kleinkinderziehung bislang nicht einhergehen mit dem Ausbau von Forschungskapazitäten im Bereich der Frühpädagogik.

4. *Unabhängig vom Charakter des politischen Systems gibt es in der „Wissensgesellschaft" ein mehr oder weniger enges Wechselwirkungsverhältnis zwischen Politik und Wissenschaft. Die (systemtheoretisch gesprochen) „Interpenetration" dieser selbstrefentiellen Systeme bringt zum einen Formen einer „verwissenschaftlichten Politik", zum anderen Strategien der wissenschaftlichen Politikberatung hervor.*

Jürgen *Habermas* (1968) hat drei Typen von verwissenschaftlichter Politik unterschieden: den technokratischen Typ (die Politik erwartet von der Wissenschaft Aussagen, die sich direkt in politische Maßnahmen umsetzen lassen), den dezisionistischen Typ (die Politik erwartet von der Forschung die Bestätigung/Legitimierung bereits getroffener Entscheidungen) und den pragmatistischen Typ (die Politik tritt in einen Dialog mit der Wissenschaft ein und erwartet von der Forschung empirische Aussagen, die als Grundlage einer rationalen Entscheidung dienen können). Es bedürfte gründlicher Fallstudien, um am Beispiel der Geschichte der Frühpädagogik in der Bundesrepublik Deutschland zu überprüfen, welche Typen der verwissenschaftlichten Politik in einzelnen Initiativen (etwa der Einführung des Tagesmütter-Modells in den 70er Jahren oder dem forcierten Ausbau der öffentlichen Kleinkinderziehung in den letzten Jahren) zum Tragen gekommen sind wie verschiedene Vertreter(innen) der wissenschaftlichen Frühpädagogik ihre politikberatende Aufgabe wahrgenommen haben.

5. *Wissenschaft(ler/innen) kann (können) auf indirektem Wege über ihre Forschungsbefunde sowie auf direktem Wege über Politikberatung auf die Forschungsplanung und –finanzierung staatlicher (und nichtstaatlicher) Akteure einwirken.*

Ich habe zwar im Bereich der Frühpädagogik keine Beispiele dafür gefunden, dass Forschungsbefunde ausdrücklich zur Grundlage von politischen bzw. gesetzgeberischen Maßnahmen gemacht worden sind (ich vermute allerdings, dass es solche Beispiele gibt, und zwar auch Beispiele, die nicht auf eine missverstandene Forschung Bezug nehmen wie im Falle der PISA-Studie). Umgekehrt gibt es jedenfalls Beispiele dafür, dass mit Berufung auf Forschungsbefunde politische Maßnahmen *nicht* ergriffen worden sind; dies hat in den USA bzw. in Westdeutschland für die starke Wirkung der ursprünglichen Bindungsforschung i.S.v. Rene *Spitz* und John *Bowlby* bzw. für die starke Wirkung der Pädiater mit Blick auf den Nicht-Ausbau von öffentlicher Kleinkinderziehung gegolten (siehe These 9). Was die Politikberatung betrifft: Die Politik wählt sich ihre Berater; wenn sie einem Berater hohe Kompetenz und Reputation zuschreibt, kann dieser Berater auf die Entwicklung von Praxis und Forschung Einfluss nehmen (hier wäre möglicherweise eine Fallstudie zum Wirkungsgrad unseres Kollegen *Fthenakis* nicht nur in Bayern, sondern auf Bundesebene ergiebig).

6. *Mit der Initiierung und Förderung von (frühpädagogischer) Forschung reagieren staatliche und nichtstaatliche Instanzen/Akteure auf (durch Forschung dokumentierte) Krisenphänomene im nationalen Bildungssystem (auch im Zeichen eines internationalen Bildungswettbewerbs). Genauer: In diesen Initiativen und Strategien kommt die Wahrnehmung und Bewertung bestimmter Phänomene/Entwicklungen als „krisenhaft" zum Ausdruck.*

Es wäre schön, wenn ich zur Verifizierung dieser These zeigen könnte, dass die politische Entscheidung über den Start der erwähnten „nationalen Qualitätsinitiative" auf die Rezeption der Befunde von *Tietze* (1998) zurückgeführt werden kann, wonach die deutschen Kindergärten ganz überwiegend nur eine mittelmäßige Qualität aufweisen. Zeitlich würde das passen. Aber ich kann den Zusammenhang nicht beweisen. Wenn ich es recht sehe, fällt es leichter, die vorliegende These an politischen Initiativen zum *Ausbau* von Tageseinrichtungen zu belegen als an Forschungsinitiativen und dann hilfsweise zu argumentieren, dass der Ausbau von Einrichtungen in aller Regel auch durch diesbezügliche Forschung begleitet wird. Beim *Ausbau* wäre insbesondere auf die für politische Entscheidungen große Bedeutung von bevölkerungs- und arbeitsmarktbezogenen Daten und Argumente hinzuweisen: Deutschland braucht mehr Kinder – Deutschland braucht, um dieses Ziel zu erreichen, mehr Kinderbetreuung – Die deutschen Unternehmen brauchen qualifizierte weibliche Fachkräfte, die aber nur gewonnen bzw. in den Betrieben gehalten werden können, wenn eine bedarfsgerechte Betreuung ihrer Kinder gewährleistet ist. Nur nebenbei weise ich darauf hin, dass Argumente dieser Art einer empirischen Prüfung nicht ohne Weiteres standhalten.

7. *Wenn staatliche bzw. nichtstaatliche Akteure mit Berufung auf Forschungsbefunde Infrastrukturprogramme und praxisbegleitende Forschungsprojekte initiieren, muss dies nicht bedeuten, dass sich diese Programme tatsächlich mit den herangezogenen Befunden wissenschaftlich begründen lassen.*

Damit will ich sagen: Im öffentlichen Diskurs über den Reformbedarf von Bildungsinstitutionen (z.B. von Tageseinrichtungen für Kinder) spielt die Bezugnahme auf Forschungsdaten eine große Rolle, und zwar auch dann, wenn diese Daten für die Begründung des Reformbedarfs nicht taugen. Es gibt meines Wissens keine einzige Langzeitstudie, aus der sich systematische Zusammenhänge zwischen Bildungsprozessen im Kindergarten und Kompetenzen von 15-jährigen Schülern ableiten lassen. Und doch konzentriert sich der öffentliche Diskurs auf die PISA-Studie, er blendet die für das deutsche Bildungssystem günstigeren, auf den Primarbereich bezogenen Befunde der IGLU-Studie aus und er lässt die inzwischen vorliegenden internationalen Vergleichsdaten zur Frühpädagogik unberücksichtigt. Die Verzerrung von Forschungsbefunden betrifft auch das seit Beginn des 20. Jahrhunderts immer wieder bedeutsame Argument des Auslands (vgl. *Zymek* 1975). Es wird auf andere Länder als Vorbilder hingewiesen – zum Beispiel auf den PISA-Sieger Finnland -, die Informationen über diese vermeintlichen Vorbilder sind jedoch häufig unvollständig oder auch schlicht falsch (z.B. mit Blick auf Finnland wird ausgeblendet, dass der Kindergarten ebenso wenig wie in Deutschland zum Bildungsressort gehört und die Einschulung

noch später als in Deutschland stattfindet). Andererseits jedoch kann man sagen: Auch missverstandene Forschung kann politische Entscheidungen zugunsten der Frühpädagogik positiv beeinflussen, das heißt: Die frühpädagogische Praxis und Forschung hat derzeit Konjunktur dank eines öffentlichen Diskurses über die PISA-Studie, der im Hinblick auf seine wissenschaftliche Begründung problematisch ist.

8. *Die Fragestellungen und z.T. auch die Antworten der Forschung (i.S.v. Interpretationsmustern für empirische Befunde) können als Ausdruck eines bestimmten „Zeitgeistes" bzw. einer bestimmten zeitgeschichtlich geprägten Mentalität und politischen Kultur aufgefasst werden.*

Sandra *Scarr* (1985) hat festgestellt: „Wir stellen Fragen, um uns in Raum und Zeit zu situieren, und wir bekommen Antworten, die in unsere theoretischen Nischen passen." (S. 204) Sie behauptet, dass sich unsere wissenschaftliche Perspektive mit unserer Kultur verändere. Eines ihrer Beispiele betrifft die in den 50er und 60er Jahren verbreitete Erwartung, dass Jungen aus „zerrütteten Familien" durch die Abwesenheit des Vaters in ihrer Entwicklung negativ beeinflusst würden. Die Sozialwissenschaftler, die nach entsprechenden Befunden suchten, interpretierten die geringere Aggressivität der entsprechenden Jungen als Beleg für diese Erwartung (Geschlechtsrolle unzulänglich ausgeprägt). Nach der Frauenbewegung und der Herausbildung von weniger traditionellen Familienstrukturen werde heute – so Sandra Scarr – nicht mehr von vornherein angenommen, dass die Abwesenheit des Vaters sich negativ auswirken muss. Entsprechend unserer weniger starren Auffassung von erwünschten männlichen oder weiblichen Persönlichkeitsmerkmalen oder Verhaltensformen wird ein niedrigeres Aggressionsniveau bei Jungen nicht mehr unbedingt als Defizit betrachtet.

Ein für die Frühpädagogik relevantes Beispiel bietet der Wandel der öffentlichen Bewertung der außerhäuslichen Betreuung und Erziehung von Kleinkindern; darauf habe ich bereits in These 7 hingewiesen, und ich werde darauf im Zusammenhang mit der nächsten These noch einmal eingehen. Ein zweites Beispiel bietet der sich wandelnde Umgang mit Zeit, auch mit Lebenszeit und auch mit der vorschulischen Lebensphase. Wir haben, so heißt es, keine Zeit mehr (und dabei wird u.a. hingewiesen auf den internationaler Wettbewerb, auf das rasche Veralten des Wissens, auf Bildung /Lernen als wichtigste Ressource der Wissensgesellschaft); deshalb dürfe auch in der vorschulischen Kindheit die kostbare Zeit nicht vergeudet werden, es müsse das systematisches Lernen systematisch beginnen. Hier liegt, wenn ich es recht sehe, ein Leitmotiv beispielsweise für das Projekt *KiDZ.* Ich will nicht in eine Kritik dieses „Zeitgeistes" eintreten, sondern an dieser Stelle nur eine Selbstreflexion unserer Teildisziplin „Pädagogik der frühen Kindheit" anregen, und zwar in der Perspektive des zu Beginn der Erläuterung zu dieser These zitierten Satzes von Sandra Scarr: „Wir stellen Fragen, um uns in Raum und Zeit zu situieren, und wir bekommen Antworten, die in unsere theoretischen Nischen passen."

9. *Die Frage, ob (frühpädagogische) Forschung mit ihren Fragen und mit der Interpretation ihrer Befunde auf Wandlungen in der Gesellschaft (Politik, Recht, Öffentliche Meinung) reagiert oder ob sie mit ihren Befunden zu je-*

nen Faktoren gehört, die Wandlungen in der Gesellschaft hervorbringen, lässt sich nicht eindeutig beantworten.

Für Beides – Reaktion und aktive Anregung – und auch für eine Art Spiralbewegung lassen sich Belege finden, z.B. mit Blick auf die Forschungs- und Entwicklungszyklen im Bereich der öffentlichen Kleinkinderziehung in den USA (vgl. *Scarr/Eisenberg* 1993) sowie – zeitlich versetzt – in Westdeutschland:

(a) In einer ersten Phase war das zentrale Thema das mögliche Risiko einer familienergänzenden Betreuung und Erziehung; Bezugspunkte waren dabei die Hospitalismusforschung und ein Bindungskonzept, nach welchem jede längere Trennung des Kleinkindes von seiner Mutter die sichere Mutter-Kind-Bindung und die grundlegenden Entwicklungsprozesse des Kindes potentiell gefährden. In dieser Perspektive wurden ausschließlich familienerzogene Kinder mit Kindern verglichen, die auch in familienergänzenden Einrichtungen betreut und erzogen wurden; dabei zeigte sich immer deutlicher, dass verallgemeinernde Aussagen nicht möglich sind, sondern dass die Wirkungen von Qualitätsmerkmalen der Einrichtungen abhängig waren; zu den wichtigsten Resultaten dieser Phase gehörte die Einsicht, dass sich familienergänzende Betreuung und Erziehung nicht unbedingt schädlich auf die Entwicklung von Kleinkindern auswirken muss.

(b) In einer zweiten Phase ist dementsprechend die Frage nach den Qualitätsmerkmalen familienergänzender Betreuung und Erziehung ins Zentrum der Forschung gerückt. Es wurden Instrumente zur Erfassung von Qualität entwickelt und differenzierte Vergleichsuntersuchungen über Wirkungen qualitativ unterschiedlicher Kontexte auf verschiedene Aspekte der kindlichen Entwicklung durchgeführt. Dabei hat sich auch gezeigt, dass verschiedene Kinder, in Abhängigkeit von Persönlichkeitsmerkmalen sowie von Merkmalen ihrer Herkunftsfamilie, die gleiche Betreuungsumwelt unterschiedlich erleben und verarbeiten.

(c) In einer dritten Phase hat sich die Forschung dementsprechend insbesondere Fragen der Zusammenhänge und der Wechselbeziehung zwischen den verschiedenen Kontexten – Familie und familienergänzende Einrichtungen – gewidmet, in welchen Kinder betreut und erzogen werden. Um diese Zusammenhänge untersuchen zu können, musste die Forschung einen komplexeren Zugang wählen. Sie musste davon ausgehen, dass die Kinder die Erziehungserfahrung, die sie in ihren Familien gemacht haben, mitbringen in die Tageseinrichtung, und dass sie mit ihrer Erziehungserfahrung in der Tageseinrichtung zurückkehren in ihre Familien, dass sie also eine *dual socialization* (*Denzig* 1989) durchlaufen. Die empirische Erfassung von pädagogischer Qualität kann sich unter dieser Prämisse nicht mehr allein auf die Tageseinrichtungen beziehen; sie muss die Familien einbeziehen; denn sie geht von der Hypothese aus, dass die Wirkungen der in Tageseinrichtungen festgestellten pädagogischer Qualität auf die Entwicklungsprozesse der Kinder in erheblichem Maße mitbestimmt und modifiziert werden durch die pädagogische Qualität in Familien. Genau dies belegen die Ergebnisse der neueren Qualitäts- und Wirkungsforschung.

Das skizzierte 3-Phasen-Modell spiegelt zunächst einmal eine Eigendynamik von Forschung. Man könnte indes unschwer nachweisen, dass diese Dynamik mitbestimmt worden ist durch die gesellschaftliche und politische Artikulation und Anerkennung eines zunehmenden Bedarfs an familienergänzender und -unterstützender Betreuung und Erziehung in Tageseinrichtungen für Kinder. Und selbstverständlich gilt auch umgekehrt, dass die politischen Entscheidungen zunächst gegen und dann für einen Ausbau der öffentlichen Kleinkinderziehung mit Berufung auf die jeweils aktuellen Forschungsbefunde und in Reaktion auf die jeweils vorherrschende öffentliche Meinung getroffen worden sind.

10. *Die demokratisch am besten zu legitimierende und wissenschaftlich produktivste Form der politischen Steuerung von Forschung scheint in der Schaffung einer angemessenen Infrastruktur zu liegen.*

Beispiele bieten Professuren für Kleinkinderziehung/Frühpädagogik an Universitäten sowie Forschungseinrichtungen wie das Staatsinstitut für Frühpädagogik oder das Deutsche Jugendinstitut. Insbesondere eine Forschungsinfrastruktur im Rahmen der wissenschaftlichen Hochschulen ist geeignet, dem Prinzip der Freiheit der Forschung Rechnung zu tragen.

Auf der Grundlage einer gesicherten Infrastruktur kann sich die Eigendynamik von Forschung am besten entwickeln; sie wird häufig von einzelnen Persönlichkeiten bzw. lokalen Forschungsteams geprägt. Umgekehrt kann der Abbau von Infrastrukturen die Weiterführung wichtiger Forschungsthemen und Forschungsmethoden gefährden (Beispiel: international vergleichende Bildungsforschung bzw. deren Subsumption in internationaler Forschungskooperation).

Die relative Autonomie, die für eine gesicherte Forschungsinfrastruktur kennzeichnend ist, muss nicht im Widerspruch stehen zu einer übergeordneten Forschungsplanung sei es von Seiten staatlicher Instanzen sei es von Seiten der staatlich finanzierten Forschungsförderungseinrichtungen (wie etwa DFG). Vielmehr kann auf dieser Grundlage ein Wettbewerb um die am besten begründeten Anträge auf öffentlich ausgeschriebene Drittmittelprojekte stattfinden.

11. *Wissenschaft/Forschung sowie die einzelnen Wissenschaftler(innen) haben eine Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit/Gesellschaft wahrzunehmen und sollten diese auch ausdrücklich reflektieren bzw. darüber Rechenschaft geben. Diese Verantwortung umfasst die Selbstverpflichtung auf Wahrheitsfindung und den Widerstand gegenüber expliziten oder impliziten Formen der Instrumentalisierung der Forschung für politische Partialinteressen.*

Für den Wissenschaftler/die Wissenschaftlerin sollten beide Formen der Ethik gelten, die Max *Weber* (1919/1968) unterschieden hat: Gesinnungsethik – das meint im Allgemeinen die Orientierung an übergreifenden Werten und Prinzipien, im Falle der Wissenschaft meint dies die Selbstverpflichtung zur Wahrheitsfindung; Verantwortungsehtik meint im Allgemeinen die Abschätzung und Berücksichtigung der Folgen (Wirkungen und Nebenwirkungen) des eigenen Handelns sowie die Rechenschaftslegung gegenüber den Adressaten des Handelns. Was könnte eine verantwortungsethische Position in der (frühpädagogischen) Forschung bedeuten? Ich vereinfache dieses komplexe Problem: Adressaten un-

serer Forschung sind die *scientific community,* die Öffentlichkeit (z.B. Eltern und pädagogische Fachkräfte) sowie – insbesondere im Falle von Auftragsforschung –Politik und Wirtschaft. Unsere Forschung kann folgenreich sein für die Entwicklung der Wissenschaft, für das öffentliche Bewusstsein sowie für die politische Steuerung der frühpädagogischen Praxis; diese potentiellen Wirkungen bzw. Nebenwirkungen müssen wir abschätzen und berücksichtigen. Um dies lediglich am Verhältnis zwischen Forschung und Politik zu konkretisieren, greife ich zurück auf *Habermas*' Typologie der verwissenschaftlichten Politik. In der Perspektive einer Verantwortungsethik der Forschung beschreibe und bewerte ich diese Typologie wie folgt: Unsere Forschung sollte so angelegt sein und von uns selber interpretiert werden, dass sie sich einer technokratischen Vereinnahmung versagt; zur Begründung nenne ich nur eines von mehreren möglichen Argumenten: Mit Blick auf die Freiheitsfähigkeit jeder Person sollten wir die Grenzen der Wirksamkeit intentionaler Erziehungsversuche thematisieren. Unsere Forschung sollte, zweitens, so angelegt sein und von uns selber interpretiert werden, dass sie nicht für die Rechtfertigung der Vorentscheidungen und vorab entschiedenen Prioritätensetzung der Politik (also für den dezisionistischen Typ verwissenschaftlichter Politik) missbraucht werden kann. Unsere Forschung sollte vielmehr eine pragmatistische Politik unterstützen, indem sie durch überprüfbare Wenn-Dann-Aussagen rationale Entscheidungen ermöglicht bzw. herausfordert.

12. *Die Konjunkturen der (frühpädagogischen) Forschung sowie die diese beeinflussenden Konjunkturen (bildungs-)politischer Vorgaben/Erwartungen sind gegenwärtig und zukünftig – in noch sehr viel stärkerem Maße als in den zurückliegenden Jahrzehnten – nicht mehr allein auf der nationalen Ebene, sondern auf einer transnationalen/globalen Ebene zu verorten. Die globalen Zusammenhänge stellen auch eine Herausforderung bzw. einen Verantwortungshorizont für die Wissenschaft bzw. für Wissenschaftler/innen dar.*

Als ersten transnationalen Bezugsrahmen nenne ich die EU. Das Netzwerk Kinderbetreuung hat eine Berichtspflicht über den Ausbau und die Qualität von Tageseinrichtungen für Kinder mit sich gebracht. Freilich war das Netzwerk frauen- und beschäftigungspolitisch akzentuiert und für die frühpädagogische Forschung nicht folgenreich.

Das ist anders oder könnte jedenfalls anders sein im Hinblick auf den zweiten transnationalen Bezugsrahmen, die OECD. Die aus der PISA-Studie abgeleiteten Folgerungen für die Frühpädagogik habe ich in These 7 kritisch kommentiert. Einschlägiger ist „Starting strong" bzw. die in diesem Kontext angesiedelten Länderexamen, die in der zweiten Runde auch Deutschland einbezogen haben. Der jüngste Bericht „Die Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland" (OECD 2005) könnte zu einem Testfall für die Wirksamkeit transnationaler politischer Steuerungsversuche frühpädagogischer Forschung werden. Denn der Bericht fordert den Ausbau der Infrastruktur der frühpädagogischen Forschung sowie der frühpädagogischen akademischen Lehre und Ausbildung. Es handelt sich hierbei um einen interessanten Testfall auch für die Kommission „Pädagogik der frühen Kind-

heit“ in der DGfE, weil die entsprechenden Forderungen der Kommission Unterstützung und Verstärkung erfahren von Seiten einer internationalen Organisation; einer Organisation, die insofern eine starke öffentliche und politische Resonanz zu finden pflegt, weil ihre zentrale Argumentation von der Annahme ausgeht, es gäbe einen systematischen Zusammenhang zwischen ökonomischem Fortschritt bzw. internationaler Wettbewerbsfähigkeit und nationalstaatlichen Investitionen in Bildung und Forschung.

Literatur

Cremin, L.A. (1973): Notes Toward a Theory of Education. Notes on Education, Nr. 1. – Columbia University, Cambridge/Mass.

Denzik, L. (1989): Growing up in the post-modern age. Acta Sociologica 32: 155-180.

Habermas, J. (1968): Technik und Wissenschaft als „Ideologie“. – Frankfurt.

OECD (2005): Die Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland (Kurzfassung). – Berlin.

Scarr, S. (1985): Cultural Lenses on Mothers and Children. In: Friedrich-Cofer, L. (Hrsg.): Human Nature and Public Policy. – New York.

Scarr, S. /*Eisenberg*, M. (1993): Child Care Research: Iddues, Perspectives, and Results. Annual Review of Psychology 44: 613-644.

Sechtig, J./Frank, A./Roßbach, H.-G. (2006): KiDZ – Elementare Bildungsförderung ohne Verschulung des Kindergartens. KiTa aktuell (By) 18, 2: 28-32.

Tietze, W. (Hrsg.)(1998): Wie gut sind unsere Kindergärten? Eine Untersuchung zur pädagogischen Qualität in deutschen Kindergärten.– Neuwied, Kriftel, Berlin.

Weber, M.(1919/1968): Politik als Beruf. –Berlin.

Zymek, B. (1975): Das Ausland als Argument in der pädagogischen Reformdiskussion. – Ratingen.